

Eberl-Borges | Zimmer

Examinatorium Familien- und Erbrecht

2. Auflage



Nomos

NOMOSSTUDIUM

Prof. Dr. Christina Eberl-Borges
Universität Mainz

Michael Zimmer
Universität Mainz

Examinatorium Familien- und Erbrecht

2. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6100-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0124-2 (ePDF)

2. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Dieses Examinatorium hat eine gestraffte Darstellung des Familien- und Erbrechts zur Grundlage. Es richtet sich in erster Linie an fortgeschrittene Studierende, die sich auf das juristische Staatsexamen (staatliche Pflichtfach- und universitäre Schwerpunktprüfung) vorbereiten. Durch die lehrbuchartige Form eignet es sich aber auch zur vorlesungsbegleitenden Vertiefung des Stoffes. Dessen Darstellung beschränkt sich – der Kompaktheit des Examinatoriums geschuldet – weitestgehend auf das Wesentliche, auf eine eingehendere wissenschaftliche Vertiefung haben wir bewusst verzichtet. Ein eigentliches Lehrbuch kann und will dieses Examinatorium insofern nicht ersetzen.

In die Darstellung des Familien- und Erbrechts haben wir zusätzlich Fälle eingefügt, die den Stoff veranschaulichen und vertiefen. Darüber hinaus stehen am Ende des Buches zwei Fragenkataloge zum Familienrecht und zum Erbrecht, die dem Leser eine Einschätzung seines Kenntnisstandes ermöglichen. Hier wird allerdings nicht lediglich abgefragt, was bereits in der Stoffdarstellung nachgelesen werden kann. Die Fragen dienen vielmehr auch der Vertiefung durch Anwendung und Weiterdenken des erlernten Stoffes. Studierende im Schwerpunktstudium sollten in der Lage sein, sich auch die Antworten auf die schwierigeren, mit * gekennzeichneten Fragen selbst zu erschließen. Der Stoff des Pflichtfachs und des Schwerpunktstudiums ist in den verschiedenen Bundesländern und Universitäten nicht einheitlich abgegrenzt. Wir empfehlen unseren Lesern, die jeweils maßgeblichen Rechtsgrundlagen zu Rate zu ziehen.

In dieses Examinatorium sind Erfahrungen aus Lehre und Prüfungen der letzten Jahre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz eingegangen: Erfahrungen aus den Vorlesungen Familienrecht und Erbrecht sowie dem entsprechenden Examenkurs (Pflichtfach), der Vertiefungsvorlesung Erbrecht, der Übung im Familien- und Erbrecht (Schwerpunktstudium) und schließlich aus der universitären Schwerpunktprüfung.

Michael Zimmer hat in diesem Rahmen vorlesungsbegleitende Unterlagen für die Vorlesung Familienrecht sowie Übungs- und Klausurfälle ausgearbeitet. Er ist in diesem Examinatorium hauptverantwortlich für das Familienrecht. Hauptverantwortlich für das Erbrecht ist *Christina Eberl-Borges*.

Für die 2. Auflage wurde der Text überarbeitet, an zwischenzeitlich erfolgte Gesetzesänderungen angepasst sowie die aktuelle Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt. Hierbei waren uns *Jan Sippel* und *Anna Lena Steger* behilflich. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Mainz, im Juni 2019

Christina Eberl-Borges
Michael Zimmer

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis	21

TEIL 1: FAMILIENRECHT

§ 1 Einleitung	25
I. Begriff des Familienrechts	25
II. Ehe und Familie im verfassungsrechtlichen Kontext	25
III. Materielles Recht	26
IV. Verfahrensrecht	27
V. Familienrecht im internationalen Kontext	27
§ 2 Verlöbnis	28
I. Entstehung und Beendigung	28
II. Wirkungen	29
§ 3 Eheschließung	33
I. Voraussetzungen	33
1. Eheschließungserklärung unter Einhaltung der Verfahrensvorschriften	33
2. Ehefähigkeit	33
3. Eheverbote	34
4. Ehefähigkeitszeugnis für Ausländer	34
II. Rechtsverstöße und ihre Folgen	35
III. Eingetragene Lebenspartnerschaft	35
§ 4 Eheaufhebung	38
I. Formelle Voraussetzungen	38
II. Materielle Voraussetzungen	38
1. Aufhebungsgrund	38
2. Kein Ausschluss	39
III. Rechtsfolgen	39
IV. LPartG	40
§ 5 Ehwirkungen	43
I. Lebenszeitprinzip	43
II. Eherechtliche Generalklausel, § 1353 Abs. 1 S. 2	43
1. Inhalt	43
2. Durchsetzung von Ehepflichten und Rechtsschutz bei Ehestörungen	44
a) Allgemeiner Herstellungsanspruch	44
b) Schadensersatz und Unterlassung	44
c) Sonderfall: Räumlich-gegenständlicher Bereich der Ehe	46
III. Schlüsselgewalt, § 1357	47
1. Inhalt und Voraussetzungen	47
a) Ehe in häuslicher Gemeinschaft	47
b) Eigengeschäft des Handelnden	48

c) Geschäft zur Deckung des Lebensbedarfs	48
d) Angemessenheit	49
e) Keine abweichenden Umstände	49
2. Rechtsfolgen	50
IV. Eigentumsvermutung, § 1362	52
V. Unterhaltspflicht, §§ 1360 ff.	53
VI. Haftungsmaßstab, § 1359	54
VII. Ehe name, § 1355	55
VIII. Sonstige Wirkungen der Eheschließung	55
§ 6 Güterrecht	57
I. Gesetzliches Güterrecht	57
1. Allgemeines	57
2. Rechtsgeschäftliche Beschränkungen	57
a) Verfügungen über das Vermögen im Ganzen (§ 1365)	57
b) Verfügungen über Haushaltsgegenstände (§ 1369)	59
c) Rechtsfolgen (§§ 1366–1368)	60
3. Zugewinnausgleich	64
a) Beendigung der Ehe durch Tod	64
b) Beendigung der Ehe „auf andere Weise“	65
aa) Ermittlung des Anfangsvermögens	65
bb) Ermittlung des Endvermögens	66
cc) Bewertung des Anfangs- und Endvermögens	67
dd) Feststellung des Zugewinns	68
ee) Ausgleichsanspruch	68
ff) Anrechnung von Vorempfängen	68
gg) Härtefälle	69
hh) Modalitäten und Anspruchsdurchsetzung	70
ii) Anspruch gegen zugewendungsempfangende Dritte, § 1390	71
II. Vertragliches Güterrecht	71
1. Ehevertrag	72
a) Möglichkeiten der Vertragsgestaltung	72
b) Form	72
c) Grenzen der Vertragsautonomie	72
aa) Wirksamkeitskontrolle	73
bb) Ausübungskontrolle	74
2. Güterrechtsregister	76
3. Gütertrennung	76
4. Gütergemeinschaft	76
a) Verwaltung und Haftung	77
b) Beendigung	78
5. Wahl-Zugewinnsgemeinschaft	79
III. Vermögensausgleich außerhalb des Güterrechts	79
1. Gesamtschuldnerausgleich	80
2. Ehegatteninnengesellschaft	80
3. Ehebedingte (unbenannte) Zuwendung	81
4. Weitere Ansprüche	82
5. Auswirkungen des Güterstands	82
IV. Versorgungsausgleich	84

V. Verfahrensrecht	85
§ 7 Getrenntleben und Ehescheidung	86
I. Getrenntleben	86
1. Trennungsunterhalt	86
2. Verteilung der Hausratsgegenstände und Zuweisung der Ehewohnung	86
3. Sonstige Auswirkungen des Getrenntlebens	87
II. Ehescheidung	87
1. Formelle Voraussetzungen	87
2. Materielle Voraussetzungen	88
a) Scheidungsgrund: Scheitern der Ehe, § 1565 Abs. 1	88
b) Getrenntleben, § 1565 Abs. 2	88
c) Kein Eingreifen von Härteklausein, § 1568	89
3. Rechtsfolgen	89
a) Auflösung der Ehe und Eintritt von Nachwirkungen	89
b) Verteilung von Ehewohnung und Hausrat	90
III. LPartG	91
§ 8 Verwandtschaft	93
I. Grundsätzliches	93
II. Mutterschaft	93
III. Vaterschaft	93
1. Vaterschaft kraft Ehe (§ 1592 Nr. 1)	94
2. Vaterschaft kraft Anerkennung (§ 1592 Nr. 2)	94
3. Vaterschaft kraft gerichtlicher Feststellung (§ 1592 Nr. 3)	95
4. Vaterschaftsanfechtung	96
a) Anfechtungsberechtigung	97
b) Anfechtungsfrist	98
c) Verfahren	99
5. Scheinvaterregress	100
a) Regressansprüche gegen Mutter und Kind	100
b) Regressansprüche gegen den leiblichen Vater	101
c) Anspruchdurchsetzung	102
6. Recht auf Kenntnis der Abstammung und Verfahren zur Abstammungsklärung	104
IV. Adoption	106
§ 9 Kindschaftsrecht	109
I. Kindesname	109
II. Dienstleistungspflicht	109
III. Elterliche Sorge	110
1. Begründung der elterlichen Sorge	110
2. Änderungen der Sorgerechtsinhaberschaft bei Getrenntleben der Eltern	111
3. Inhalt der elterlichen Sorge	113
a) Personensorge	113
b) Vermögenssorge	113
c) Stellvertretung	114

4. Kindeswohl	114
5. Ausübung der elterlichen Sorge	115
a) Ausübung im gegenseitigen Einvernehmen	115
b) Stellvertretung	116
c) Haftung	118
aa) des Kindes	118
bb) der Eltern	118
6. Ruhen der elterlichen Sorge	119
7. Ende der elterlichen Sorge	119
8. Staatliche Eingriffe in das Sorgerecht nach §§ 1666 f.	119
IV. Umgangsrecht	120
V. Verfahrensrecht	122
VI. Exkurs: Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf Kindesbetreuung und Unterhalt	123
§ 10 Unterhaltsrecht	125
I. Unterhalt während der Ehe	125
1. Verpflichtung zum Familienunterhalt	125
2. Trennungsunterhalt	127
II. Unterhalt nach Scheidung	128
1. Unterhaltstatbestände	128
a) Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes, § 1570	129
b) Unterhalt wegen Alters, § 1571	130
c) Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen, § 1572	130
d) Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit/Aufstockungsunterhalt, § 1573	131
e) Unterhalt während Ausbildung, Fortbildung, Umschulung, § 1575	131
f) Unterhalt aus Billigkeitsgründen, § 1576	132
2. Bedarf des Unterhaltsgläubigers und Maß des Unterhalts	132
3. Bedürftigkeit	134
4. Leistungsfähigkeit	134
5. Berechnung des Unterhaltsanspruchs	135
6. Begrenzungen und Ausschluss des Unterhaltsanspruchs	136
a) Herabsetzung und zeitliche Begrenzung wegen Unbilligkeit	136
b) Beschränkung oder Versagung wegen grober Unbilligkeit	136
7. Rangverhältnisse	137
8. Art der Unterhaltsgewährung	138
9. Ende des Unterhaltsanspruchs	138
III. Verwandtenunterhalt	139
1. Bedarf des Unterhaltsgläubigers und Maß des Unterhalts	139
2. Bedürftigkeit	141
3. Leistungsfähigkeit	142
4. Art der Unterhaltsleistung	143
5. Unterhalt für die Vergangenheit	144
6. Härteklausel	144
7. Rangverhältnisse	145
8. Unterhaltsregress	145
9. Ende der Unterhaltspflicht	146

IV. Unterhalt bei nichtehelichen Kindern	146
V. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen	148
§ 11 Nichteheliche Lebensgemeinschaft	150
I. Allgemeine Grundsätze	150
II. Vermögensrechtliche Auseinandersetzung nach Beendigung der Lebensgemeinschaft	151
§ 12 Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung (Grundzüge)	154
I. Vormundschaft	154
II. Pflegschaft	155
III. Betreuung	156

TEIL 2: ERBRECHT

§ 1 Einleitung	159
I. Begriff des Erbrechts	159
II. Erbrecht im verfassungsrechtlichen Kontext	159
III. Rechtsquellen	159
IV. Erbrecht im internationalen Kontext	159
§ 2 Grundlagen für den Eintritt der Erbfolge	160
I. Der Erbgang	160
1. Erbgang und Erbfolge	160
2. Die Erbgangsprinzipien	160
a) Erbfallprinzip	160
b) Anfallprinzip	160
c) Prinzip der Universalsukzession	161
aa) Erbengemeinschaft	161
bb) Vermächtnis als Anspruch gegen den Nachlass	161
II. Im Besonderen: Die Bedeutung der Gesamtrechtsnachfolge	161
1. Grenzen der umfassenden Rechtsnachfolge	161
2. Erweiterungen der „Vermögensnachfolge“	162
III. Ausnahmen vom Prinzip der Universalsukzession	163
1. Sondererbfolge	163
a) Vererbung landwirtschaftlicher Betriebe	163
b) Nachfolge in Anteile an Personengesellschaften	164
2. Erbrechtsunabhängige Sonderrechtsnachfolge von Todes wegen	165
IV. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	165
1. Annahme	165
2. Ausschlagung	166
a) Voraussetzungen für die Ausschlagung der Erbschaft	166
b) Wirkung der Ausschlagung	166
3. Anfechtung	167
a) Anfechtbarkeit	167
b) Anfechtungsgründe	167
c) Die „gesetzliche Anfechtung“ nach § 1949	167
V. Der Erbverzicht	168

VI. Erbunwürdigkeit	168
§ 3 Die gesetzliche Erbfolge	169
I. Das Verwandtenerbrecht – Erbfolgeprinzipien	169
1. Erbfolge nach Ordnungen (Parentelsystem)	169
2. Erbfolge nach Stämmen (und nach Linien)	169
a) Repräsentationsprinzip	170
b) Eintrittsprinzip	170
3. Gradualsystem	170
II. Das Ehegattenerbrecht (und Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners)	170
1. Voraussetzung für das Erbrecht	170
2. Erbquote	171
a) Die Konkurrenz zu den erbenden Verwandten	171
b) Der Einfluss des Güterstandes	171
3. Folgerungen für den Prüfungsaufbau	172
4. Der „Voraus“ des Ehegatten (und des eingetragenen Lebenspartners)	172
III. Das Erbrecht des Staates	172
§ 4 Die gewillkürte Erbfolge	174
I. Die Testierfreiheit und ihre Einschränkungen	174
II. Die verschiedenen Arten von Verfügungen von Todes wegen und ihre Errichtung	175
1. Terminologie	175
2. Das Testament	175
a) Das eigenhändige Testament	176
b) Das öffentliche Testament	176
3. Der Erbvertrag	177
4. Das gemeinschaftliche Testament	178
5. Nach dem Erbfall	179
a) Ablieferungspflicht und Zentrales Testamentsregister	179
b) Testamentseröffnung	179
III. Gestaltungsmöglichkeiten der gewillkürten Erbfolge	180
1. Erbeinsetzung	180
2. Vermächtnis	181
3. Auflage	181
4. Testamentsvollstreckung	182
5. Vor- und Nacherbschaft	183
a) Die Funktionsweise von Vor- und Nacherbschaft	183
b) Die Rechtsstellung des Vorerben	183
c) Die Rechtsstellung des Nacherben	184
d) Abgrenzung von Nacherbschaft und „Schlusserbschaft“ beim gemeinschaftlichen Testament	185
6. Teilungsanordnung	186
IV. Die Auslegung von Verfügungen von Todes wegen	186
1. Unterschiedliche Auslegung bei Testament, Erbvertrag und gemeinschaftlichem Testament	186
a) Testament	186

b) Erbvertrag	187
c) Gemeinschaftliches Testament	187
2. Auslegungsgrundsätze	187
a) „Einfache“ Auslegung	187
b) Erläuternde Auslegung	187
c) Ergänzende Auslegung	187
d) Korrigierende Auslegung	188
3. Gesetzliche Auslegungsregeln	188
a) Abgrenzung von Erbeinsetzung und Vermächtnis	188
b) Abgrenzung von Anwachsung und Ersatzerbschaft	189
c) Auswirkungen einer späteren Ehescheidung	189
d) Grundsatz der wohlwollenden Auslegung, § 2084	189
V. Der Widerruf von Verfügungen von Todes wegen	190
1. Der Widerruf des Testaments	190
2. Der Widerruf beim Erbvertrag	190
3. Der Widerruf beim gemeinschaftlichen Testament	191
VI. Die Testamentsanfechtung	191
§ 5 Das Pflichtteilsrecht	193
I. Grundsätze	193
1. Der Pflichtteil als Geldanspruch zur Sicherung naher Angehöriger	193
2. Berechnung des Pflichtteils	193
3. Belastung des Erben mit Pflichtteil und Vermächtnis	194
4. Ausschluss entfernter Pflichtteilsberechtigter	194
II. Anrechnung und Ausgleichung beim Pflichtteil	194
1. Die Anrechnung	195
2. Die Ausgleichung	195
3. Kombination von Ausgleichung und Anrechnung	196
III. Der Pflichtteilsrestanspruch	197
IV. Pflichtteil und Ausschlagung	197
1. Grundsatz: „Ausschlagung ist pflichtteilsschädlich“	197
2. Ausnahme bei Ausschlagung eines beschränkten oder beschwerten Erbteils	197
3. Ausnahme bei Ausschlagung eines Vermächtnisses	198
4. Ausnahme beim Ehegatten (und eingetragenen Lebenspartner) in der Zugewinnngemeinschaft	198
V. Der Pflichtteil des Ehegatten (und des eingetragenen Lebenspartners) in der Zugewinnngemeinschaft	198
VI. Der Pflichtteilsergänzungsanspruch	201
§ 6 Die Erbengemeinschaft	203
I. Gesamthandsgemeinschaft	203
1. Rechtsträgerschaft	203
2. Handlungsorganisation	203
II. Die Erbauseinandersetzung	204
1. Der Anspruch auf Erbauseinandersetzung	204
2. Die einvernehmliche Erbauseinandersetzung	205
3. Die Ausgleichung unter Abkömmlingen	206
a) Grundgedanken	206

b)	Voraussetzungen der Ausgleichung	206
aa)	Gesetzliche Erbfolge	206
bb)	Ausgleichungspflichtige Zuwendungen	206
cc)	Besondere Leistungen eines Abkömmlings	207
c)	Berechnung der Ausgleichung	207
§ 7	Zur Rechtsstellung des Erben	209
I.	Der Erbschaftsanspruch	209
1.	Zweck und Rechtsnatur	209
2.	Erbschaftsbesitzer	209
3.	Herausgabegegenstand	210
a)	Ursprünglich Erlangtes	210
b)	Surrogate	210
c)	Nutzungen	210
4.	Verhältnis zu den Einzelansprüchen	210
II.	Der Erbschein	211
1.	Allgemeines	211
2.	Wirkungen des Erbscheins	211
a)	Vermutungswirkung	211
b)	Öffentlicher Glaube	211
3.	Das Erbscheinsverfahren	214
a)	Zuständigkeit	214
b)	Antrag	215
c)	Inhalt und Arten des Erbscheins	215
d)	Feststellungsbeschluss mit Aussetzung in streitigen Fällen	216
e)	Verfahren bei unrichtigen Erbscheinen	216
III.	Grundzüge der Erbenhaftung	216
1.	Die den Erben treffenden Schulden	217
a)	Erblasserschulden	217
b)	Erbfallschulden	217
c)	Nachlasskostenschulden	217
d)	Nachlasserbenschulden	218
2.	Die Problematik der Erbenhaftung	218
3.	Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	219
4.	Vorläufige Haftungsbeschränkung	219
a)	Dreimonatseinrede	219
b)	Aufgebotseinrede	220
5.	Endgültige Haftungsbeschränkung	220
a)	Gegenüber sämtlichen Nachlassgläubigern	220
aa)	Nachlassverwaltung	220
bb)	Nachlassinsolvenzverfahren	220
cc)	Dürftigkeits- und Überschwerungseinrede	221
b)	Gegenüber einzelnen Nachlassgläubigern	221
aa)	Vertragliche Haftungsbegrenzung	221
bb)	Aufgebotsverfahren	221
6.	Vorbehaltsurteil und Vollstreckungsgegenklage	221
7.	Besonderheiten bei der Erbengemeinschaft	222

§ 8	Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall	223
	I. Allgemeine Problematik	223
	II. Schenkungen von Todes wegen	223
	III. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	225

TEIL 3: FRAGEN UND FÄLLE ZUR WIEDERHOLUNG UND VERTIEFUNG

§ 1	Familienrecht	227
	I. Fragen	227
	II. Antworten	230
§ 2	Erbrecht	243
	I. Fragen	243
	II. Antworten	246
	Stichwortverzeichnis	261

Abkürzungsverzeichnis

1. EheRG	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts
aA	andere Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
aE	am Ende
aF	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
AG	Amtsgericht
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
allgM	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BayObLGZ	Sammlung des BayObLG in Zivilsachen (amtliche Sammlung)
BB	Betriebs Berater (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
BestG	Bestattungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (amtliche Sammlung)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (amtliche Sammlung)
BNotO	Bundesnotarordnung
Bsp.	Beispiel
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes (amtliche Sammlung)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
dh	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts-Report (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
eA	eine Ansicht
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
EStG	Einkommensteuergesetz

EuErbVO	Europäische Erbrechtsverordnung – Verordnung (BV) Nr. 650/2012 vom 4. Juli 2012
EuGRZ	Zeitschrift für Europäische Grundrechte (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
EUR	Euro
evtl.	eventuell
EzFamR aktuell	Entscheidungssammlung zum Familienrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
f.; ff.	folgende
FF	Forum Familienrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
FamFG	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Zeitschrift für Familienrecht und Familienverfahrensrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
FGO	Finanzgerichtsordnung
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
GBÖ	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenDG	Gendiagnostikgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GrdstVG	Grundstückverkehrsgesetz
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begr. von J. A. Gruchot (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz (zitiert nach Jahrgang)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
HöfeO	Höfeordnung
Hs.	Halbsatz
idR	in der Regel
iErg	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinne
iHv	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
IntErbRVG	Internationales Erbrechtsverfahrensgesetz
iRd	im Rahmen des/der
iS (iSd, iSv)	im Sinne (des/von)
iÜ	im Übrigen
iVm	in Verbindung mit
JAmt	Das Jugendamt (Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht) (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)

JM	Juris – Die Monatszeitschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
KG	Kammergericht
KunstUrhG	Kunsturhebergesetz
LG	Landgericht
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
MindestunterhaltsVO	Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjäh- riger Kinder nach § 161 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetz- buchs
MittBayNot	Mitteilungen des Bayrischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
NJW-RR	NJW-Rechtssprechung-Report Zivilrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
Nr.	Nummer
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
o.g.	oben genannt
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
OLG-NL	Entscheidungen der Oberlandesgerichte der neuen Länder (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
Pkw	Personenkraftwagen
PStG	Personenstandsgesetz
RelKerzG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsa- chen (amtliche Sammlung)
Rn.	Randnummer
Rom III-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf Ehesachen anzuwendende Recht
RPflG	Rechtspflegergesetz
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz; Seite; Siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten

SaRegG	Gesetz zur Errichtung eines Samenspenderregisters und zur Regelung der Auskunftserteilung über den Spender nach heterologer Verwendung von Samen
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	sogenannt
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
tvA	teilweise vertretene Ansicht
ua	unter anderem
UnterhaltsVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
UnterhVG	Unterhaltsvorschussgesetz
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
v.a.	vor allem
Var.	Variante
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
zB	zum Beispiel
ZErbb	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
ZEVer	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahrgang)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVG	Zwangsvollstreckungsgesetz

Sämtliche Paragraphen ohne gesonderte Gesetzesangabe sind solche des BGB.

Literaturverzeichnis

- Amend-Traut, Anja*, Das erbrechtliche Parentelsystem, Ad Legendum 2013, 57–59
- Ann, Christoph*, Die Erbengemeinschaft, Köln 2001
- Ann, Christoph*, Rechtsfähigkeit auch für die Erbengemeinschaft?, MittBayNot 2003, 193–196
- Bamberger, Heinz Georg/Roth, Herbert/Hau, Wolfgang/Poseck, Roman (Hrsg.)*, Beck'scher Online-Kommentar BGB, Ed. 50, München 2019
- Bärmann, Johannes*, Das neue Ehegüterrecht, AcP 157 (1958), 145–214
- Baur, Fritz/Stürner, Rolf/Bruns, Alexander*, Zwangsvollstreckungsrecht, 13. Aufl., Heidelberg 2006
- Berger, Christian*, Gestaltungsrechte und Prozessführung bei Schlüsselgewaltgeschäften nach § 1357 BGB, FamRZ 2005, 1129–1134
- Binder, Sabrina/Kiehnle, Arndt*, „Ehe für alle“ – und Frauen als Väter, NZFam 2017, 742–744
- Borth, Helmut*, Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform des Unterhaltsrechts, FamRZ 2006, 813–821
- Borth, Helmut*, Das Verfahren zum Entwurf eines Gesetzes zur Klärung der Abstammung unabhängig vom Anfechtungsverfahren gemäß § 1598 a BGB-E und dessen Verhältnis zum Abstammungsverfahren nach dem FamFG, FPR 2007, 381–385
- Breetzke, Ernst*, Zugewinn bei Änderung des Geldwertes, FamRZ 1959, 445–447
- Brox, Hans/Walker, Wolf-Dietrich*, Erbrecht, 28. Aufl., Köln 2018
- Brox, Hans*, Die Vinkulierung des Vermögens im ganzen sowie der Haushaltsgegenstände und ihre Auswirkungen im Zivilprozeß, FamRZ 1961, 281–287
- Brox, Hans*, Zur Frage der Verfassungswidrigkeit der §§ 1362 BGB, 739 ZPO, FamRZ 1981, 1125–1128
- Büdenbender, Ulrich*, Neuordnung der "Schlüsselgewalt" in § 1357 nF BGB, FamRZ 1976, 662–673
- Canaris, Claus-Wilhelm*, Das Verlöbniß als „gesetzliches“ Rechtsverhältnis, AcP 165 (1965), 1–31
- Cebulla, Mario/Pützhofer, Andreas*, Geschäfte nach dem Haustürwiderrufsgesetz und die Schlüsselgewalt nach § 1357 I BGB, FamRZ 1996, 1124–1131
- Dethloff, Nina*, Familienrecht, 32. Aufl., München 2018
- Dickhuth-Harrach, Hans-Jürgen von*, Das Lebenspartnerschaftsrecht Version 2005, FPR 2005, 273–279
- Dutta, Anatol*, Die Umwandlung eingetragener Lebenspartnerschaften in gleichgeschlechtliche Ehen – auch nach dem „Eheöffnungsumsetzungsgesetz“ ein Mysterium?, FamRZ 2019, 163–164
- Eberl-Borges, Christina*, Die Erbauseinandersetzung, Tübingen 2000
- Eberl-Borges, Christina*, Die Rechtsnatur der Erbengemeinschaft nach dem Urteil des BGH vom 29.1.2001 zur Rechtsfähigkeit der (Außen-)GbR, ZEV 2002, 125–132
- Eberl-Borges, Christina*, Der blockierende Miterbe, ErbR 2008, 234–246
- Erb Barth, Alexander*, Die Ehe ist kein Schuldverhältnis – Abgrenzung familienrechtlicher Rechtsverhältnisse von Schuldverhältnissen, NJW 2013, 3478–3484
- Erman, Walter (Begr.)*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band I und II, 15. Auflage, Köln 2017
- Feller, Lutz*, Teleologische Reduktion des § 181 letzter Halbsatz BGB bei nicht lediglich rechtlich vorteilhaften Erfüllungsgeschäften, DNotZ 1989, 66–84
- Fichtner, Jörg*, Das Kindeswohl im Bermudadreieck? – Besonderheiten familienpsychologischer Begutachtung bei Umgangs- und Sorgestreitigkeiten, NZFam 2015, 588–593
- Flume, Werner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts – Zweiter Band: Das Rechtsgeschäft, Berlin 1992
- Frank, Adolf*, Kein Gutgläubensschutz nach dem Gleichberechtigungsgesetz?, NJW 1959, 135–137

- Frank, Rainer/Helms, Tobias, *Erbrecht*, 7. Aufl., München 2018
- Frösche, Tobias, Der Auskunftsanspruch des Scheinvaters nach dem Beschluss des BVerfG v. 24.2.2015, FamRZ 2015, 1858–1860
- Frösche, Tobias, Der Scheinvaterregress, NZFam 2017, 884–889
- Genenger, Angie, Erleichterte Abstammungsklä rung ohne Berücksichtigung der biologischen Väter, JZ 2008, 1031–1038
- Gernhuber, Joachim/Coester-Waltjen, Dagmar, *Familienrecht*, 6. Aufl., München 2010
- Grunewald, Barbara, Die Rechtsfähigkeit der Erbengemeinschaft, AcP 197 (1997), 305–315
- Grziwotz, Herbert, Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe – Formwechsel oder mehr?, FF 2019, 139–149
- Habne, Meo-Micaela/Schlögel, Jürgen/Schlünder, Rolf (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar FamFG, Ed. 30, München 2019
- Hartung, Manfred M. A., Wissenszurechnung beim Unternehmenskauf, NZG 1999, 524–530
- Haydn-Quindeau, Sina, Die „Ehe für alle“ – ein Verstoß gegen die Institutsgarantie des Art. 6 I GG?, NVwZ 2018, 206–207
- Helms, Tobias, Das neue Verfahren zur Klärung der leiblichen Abstammung, FamRZ 2008, 1033–1037
- Hepting, Reinhard, Das Eheschließungsrecht nach der Reform, FamRZ 1998, 713–728
- Hobelmann, Fritz, Ausdehnung der Schlüsselgewalt durch das I. Eherechts-Reformgesetz?, FamRZ 1971, 499–500
- Hoeren, Thomas, Der Tod und das Internet – Rechtliche Fragen zur Verwendung von E-Mail und WWW-Accounts nach dem Tode des Inhabers, NJW 2005, 2113–2117
- Ipsen, Jörn, Ehe für alle – verfassungswidrig?, NVwZ 2017, 1096–1099
- Jauernig, Othmar (Begr.), Bürgerliches Gesetzbuch mit Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz, Kommentar, 17. Aufl., München 2018
- Jauernig, Othmar, Noch einmal: Die geschenkte Eigentumswohnung – BGHZ 78, 28, JuS 1982, 576–577
- Johannsen, Kurt/Henrich, Dieter (Hrsg.), Familienrecht – Scheidung, Unterhalt, Verfahren, Kommentar, 6. Aufl., München 2015
- Joost, Detlev, Zuwendungen unter Ehegatten und Bereicherungsausgleich nach der Scheidung, JZ 1985, 10–18
- Kaiser, Dagmar/Schnitzler, Klaus/Friederici, Peter/Schilling, Roger (Hrsg.), Nomos Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch, Familienrecht, Band 4, 4. Aufl., Baden-Baden 2019
- Kaiser, Dagmar, Statuswechsel: Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine gleichgeschlechtliche Ehe, § 20 a LPartG, FamRZ 2017, 1985–1996
- Kaiser, Dagmar, Eheöffnungsumsetzungsgesetz, FamRZ 2019, 845–853
- Keim, Christopher, Fröhliches Ex-Schwiegerkind – Zum Wirksambleiben letztwilliger Verfügungen zugunsten von Schwiegerkindern im Falle der Eheauflösung, NJW 2003, 3248–3250
- Kliffmüller, Annette, Verbraucherschutz des Ehepartners bei Abzahlungsverträgen, FuR 1992, 138–145
- Kroiß, Ludwig/Ann, Christoph/Mayer, Jörg (Hrsg.), Nomos Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch, Erbrecht, Band 5, 5. Aufl., Baden-Baden 2018
- Krug, Walter, Die Kaufkraftproblematik bei ausgleichspflichtigen Vorempfängen in der Erbteilung, ZEV 2000, 41–45
- Lange, Heinrich/Kuchinke, Kurt, *Erbrecht*, 5. Aufl., München 2001
- Lange, Knut Werner, Der Pflichtteilsverzicht zwischen privatautonomer Gestaltung und gerichtlicher Inhaltskontrolle, Teil 3: Inhaltskontrolle der Verzichtsvereinbarung, ErbR 2017, 397–402
- Leipold, Dieter, *Erbrecht*, 21. Aufl., Tübingen 2016
- Lipp, Martin, Examens-Repetitorium Familienrecht, 4. Aufl., Heidelberg 2013
- Lipp, Martin, Ehegattenzuwendungen und Zugewinnausgleich, JuS 1993, 89–96
- Lipp, Martin, Das elterliche Sorgerecht für das nichteheliche Kind nach dem Kindschaftsreformgesetz (KindRG), FamRZ 1998, 65–76

- Löhnig, Martin*, Verbrauchergeschäfte mit Ehegatten – zum Verhältnis von Verbraucherschutz und Schlüsselgewalt, FamRZ 2001, 135–138
- Löhnig, Martin*, Unterhaltsrückgriff beim Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB, FamRZ 2003, 1354–1356
- Löhnig, Martin*, Probleme des neuen Verfahrens in Abstammungssachen nach §§ 169 ff. FamFG, FamRZ 2009, 1798–1800
- Löhnig, Martin*, Anmerkung zur Entscheidung des BVerfG vom 24.2.2015 (1 BvR 472/14), NZ-Fam 2015, 359
- Löhnig, Martin*, Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe – Voraussetzungen und Rechtsfolgen, NZFam 2017, 977–980
- Löhnig, Martin/Preisner, Meike*, Erfreulich klare Worte des BGH – Wegweiser zur Fortentwicklung der gegenwärtigen Familienrechtsdogmatik, NJW 2013, 2080–2083
- Mülke, Horst*, Zur Verwaltungsbeschränkung des § 1365 I BGB, AcP 161 (1962), 129–162
- Muscheler, Karlheinz*, Familienrecht, 4. Aufl., München 2017
- Muscheler, Karlheinz*, Erbrecht, Band I, München 2010
- Musielak, Hans-Joachim*, Zur Bindung an den Erbvertrag und zu den rechtlichen Möglichkeiten einseitiger Änderungen, ZEV 2007, 245–249
- Olzen, Dirk*, Rechtsprobleme des § 1365 BGB, Jura 1988, 13–19
- Olzen, Dirk/Looschelders, Dirk*, Erbrecht, 5. Aufl., Berlin 2017
- Onstein, Vera*, Familiengerichtliche Intervention bei Gefährdung von Kindern durch neue Medien, JM 2017, 95–100
- Palandt, Otto (Begr.)*, Bürgerliches Gesetzbuch, 78. Aufl., München 2019
- Rauscher, Thomas (Hrsg.)*, Münchener Kommentar zum FamFG, Band 1, 3. Aufl., München 2018; Band 2, 3. Aufl., München 2019
- Reinicke, Dietrich*, Verwaltungsbeschränkungen im gesetzlichem Güterstand der Zugewinnngemeinschaft, BB 1957, 564–568
- Reuß, Philipp*, Anmerkung zur Entscheidung des BVerfG vom 24.2.2015 (1 BvR 472/14), NJW 2015, 1509–1510
- Riedel, Erwin*, Der Familienschutz in der Zugewinnngemeinschaft, DRiZ 1963, 182–187
- Rittner, Fritz*, Handelsrecht und Zugewinnngemeinschaft (I): Die Bedeutung des § 1365 im Handelsrecht, FamRZ 1961, 1–17
- Rittner, Fritz*, Handelsrecht und Zugewinnngemeinschaft (II): Die Bedeutung des § 1369 im Handelsrecht, FamRZ 1961, 185–194
- Roth, Andreas*, Der Ausschluss der Vaterschaftsanfechtung nach Einwilligung in die heterologe Insemination (§ 1600 II BGB), DNotZ 2003, 805–822
- Roth, Herbert*, Die Mitberechtigung der Ehegatten in Fällen des 1357 BGB, FamRZ 1979, 361–370
- Säcker, Franz Jürgen/Rixecker, Roland/Oetker, Hartmut/Limperg, Bettina (Hrsg.)*, Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 7: Sachenrecht, 7. Aufl., München 2017; Band 8: Familienrecht I, 7. Aufl. München 2017; Band 9: Familienrecht II, 7. Aufl., München 2017; Band 10: Erbrecht, 7. Aufl., München 2017; Band 11: Internationales Privatrecht I, 7. Aufl., München 2018
- Scherpe, Julia Caroline*, Anmerkung zur Entscheidung des BVerfG vom 24.2.2015 (1 BvR 472/14), FamRZ 2015, 733–734
- Schlüter, Wilfried*, Familienrecht, 14. Aufl., Heidelberg 2013
- Schmidt, Christopher*, Regress des Scheinvaters gegen die Mutter?, NJW 2015, 2693–2695
- Schmidt, Christopher*, „Ehe für alle“ – Ende der Diskriminierung oder Verfassungsbruch?, NJW 2017, 2225–2228
- Schmidt, Jessica*, Der Erbnachweis in Deutschland ab 2015: Erbschein vs. Europäisches Nachlasszeugnis, ZEV 2014, 389–395
- Schröder, Rudolf*, Der Zugewinnngausgleich auf dem Prüfstand, FamRZ 1997, 1–8
- Schulz, Werner/Hauß, Jörn*, Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung, 6. Aufl., München 2015

- Schulze, Reiner u.a., Bürgerliches Gesetzbuch, Handkommentar, 10. Aufl., Baden-Baden 2019
- Schwab, Dieter, Familienrecht, 26. Aufl., München 2018
- Schwab, Martin, Anmerkung zur Entscheidung des BGH vom 28.2.2018 (XII ZR 94/17), FamRZ 2018, 675–676
- Soergel, Theodor (Begr.), Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, Band 2, Allgemeiner Teil 2: §§ 104–240 BGB, 13. Aufl., Stuttgart 1999; Band 17/1, Familienrecht 1/1: §§ 1297–1588 BGB, 13. Aufl., Stuttgart 2013; Band 21: Erbrecht 1: §§ 1922–2063 BGB, 13. Aufl., Stuttgart 2002
- Spangenberg, Ernst, Wechselmodell und Unterhalt, FamFR 2010, 125–127
- Stamm, Jürgen, Die Bewältigung der „gestörten Gesamtschuld“ – Ein Beitrag zum Konkurrenzverhältnis zwischen § 426 I BGB und § 426 II BGB, NJW 2004, 811–813
- Staudinger, Julius von (Begr.), Staudinger BGB, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen; §§ 812–822, Neubearbeitung 2007; §§ 830–838, Neubearbeitung 2018; §§ 925–931, Anh. zu §§ 929–931, §§ 932–984, Neubearbeitung 2017; Einl. zum Familienrecht, §§ 1297–1352, Anh. zu §§ 1297 ff., Neubearbeitung 2018; §§ 1353–1362, Neubearbeitung 2018; §§ 1363–1407, Neubearbeitung 2017; §§ 1408–1563, Neubearbeitung 2018; §§ 1589–1600 d, Neubearbeitung 2011; §§ 1638–1683, Neubearbeitung 2016; §§ 1684–1717, Neubearbeitung 2019; §§ 1741–1772, Neubearbeitung 2019; §§ 2265–2302, Neubearbeitung 2019
- Steiner, Anton/Holzer, Anna, Praktische Empfehlungen zum digitalen Nachlass, ZEV 2015, 262–266
- Stolterfoht, Joachim, Der Scheinvater-Regreß – „Institutionelle Unverträglichkeit“ von cessio legis und conditio indebiti im Rahmen des neuen § 1615 b BGB?, FamRZ 1971, 341–351
- Wacke, Andreas, Einzelprobleme der neugeregelten „Schlüsselgewalt“, FamRZ 1980, 13–17
- Wellenhofer, Marina, Familienrecht, 4. Aufl., München 2017
- Wellenhofer, Marina, Zur Reform des Scheinvaterregresses, FamRZ 2016, 1717–1723
- Will, Annegret, Wer ist Vater im Sinne des Gesetzes?, FPR 2005, 172–177
- Wohlgemuth, Gisela, Auskunftsanspruch des gesetzlichen Vaters eines Kindes auf Namhaftmachung des biologischen Vaters, FuR 2016, 132–135
- Wohlgemuth, Gisela, Scheinvaterregress und Verfahren, FuR 2016, 325–327
- Zeising, Jörg, Gesamtschuldklage und Gesamthandklage gegen Miterben, ZErB 2013, 52–57
- Zimmer, Maximilian, Störungen beim Erb- und Pflichtteilsverzichtsvertrag, NJW 2017, 513–517
- Zöller, Richard (Begr.), Zivilprozessordnung, 32. Aufl., Köln 2018

TEIL 1: FAMILIENRECHT

§ 1 Einleitung

I. Begriff des Familienrechts

Das Familienrecht ist Teil des Bürgerlichen Rechts und Inbegriff der in Bezug auf Ehe und Verwandtschaft geltenden Rechtsregeln.¹ Darüber hinaus enthält es die gesetzlichen Bestimmungen zu den – nur bedingt mit dem Begriff Familie in Verbindung zu bringenden – Rechtsinstituten Vormundschaft, Pflegschaft und Betreuung. 1

II. Ehe und Familie im verfassungsrechtlichen Kontext

Nach Art. 6 Abs. 1 GG stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. 2

Die Begriffe „Ehe“ und „Familie“ definiert das GG selbst nicht. Nach bisheriger Definition des BVerfG ist eine Ehe iSd Art. 6 Abs. 1 GG die „Vereinigung eines Mannes mit einer Frau zu einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft, begründet auf freiem Entschluss unter Mitwirkung des Staates“.² Die Partner andersartiger (insbesondere nichtehelicher) Lebensgemeinschaften können sich hiernach nicht auf Art. 6 Abs. 1 GG, sondern lediglich auf die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) und ggf. das Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG) berufen. Auch die vom Gesetzgeber instituierte eingetragene Lebenspartnerschaft genießt nach dieser Auffassung nicht den in Art. 6 Abs. 1 GG zugunsten der Ehe statuierten besonderen Schutz, wird allerdings in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung als eigengeartetes familienrechtliches Rechtsinstitut weitgehend der Ehe gleichgestellt. Gleichwohl hat der Gesetzgeber nunmehr auch gleichgeschlechtlichen Partnern den (einfachgesetzlichen) Weg zur Eingehung einer Ehe geöffnet.³

Familie ist die „umfassende Gemeinschaft von Eltern und Kindern, in der den Eltern vor allem Recht und Pflicht zur Pflege und Erziehung der Kinder erwachsen“.⁴ Auf die natürliche Abstammung bzw. die Eheschließung der Eltern kommt es nicht an, der Familienschutz schließt auch die nichteheliche Familie, Adoptivkinder sowie die von der rechtlichen Elternschaft unabhängige soziale Familie mit ein.⁵ 3

Als Grundrecht schützt Art. 6 Abs. 1 GG über die Freiheit des Art. 2 Abs. 1 GG hinaus Ehe und Familie als einen „geschlossenen, gegen den Staat abgeschirmten [...] Autonomie- und Lebensbereich“.⁶ Geschützt sind in diesem Rahmen ua die Eheschließungsfreiheit,⁷ die Freiheit der Ehegestaltung⁸ sowie die Berechtigung der Familienmitglie- 4

1 Schwab, FamR, Rn. 1.

2 BVerfGE 105, 313 (345); auch der Verfassungsgeber hat als Merkmal des Ehebegriffs in Art. 6 Abs. 1 GG die Geschlechtsverschiedenheit der Ehepartner bestimmt, s. zur Entstehungsgeschichte des Art. 6 GG insbesondere Ipsen, NVwZ 2017, 1096 f.

3 Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung s. Ipsen, NVwZ 2017, 1096; Haydn-Quindeau, NVwZ 2018, 206; Schmidt, NJW 2017, 2225.

4 BVerfG, NJW 1959, 1483.

5 BVerfGE 56, 363 (384); 127, 132.

6 BVerwGE 91, 130 (134).

7 BVerfGE 36, 146 (162).

8 BVerfGE 68, 256 (268); 105, 1 (10).

der, ihre Gemeinschaft nach innen in familiärer Verantwortlichkeit und Rücksicht zu gestalten.⁹ Aus Art. 6 Abs. 1 GG erwächst insoweit ein **Abwehrrecht** gegen störende und schädigende staatliche Eingriffe.¹⁰ Daneben enthält er eine **Institutsgarantie**, die den Bestand von Ehe und Familie gewährleistet und sie in ihrer wesentlichen Struktur sichert. Schließlich ist Art. 6 Abs. 1 GG zugleich eine **Grundsatznorm**, dh eine verbindliche Wertentscheidung für den gesamten Bereich des Ehe und Familie betreffenden privaten und öffentlichen Rechts. Hieraus ergibt sich zum einen positiv die Aufgabe für den Staat, Ehe und Familie vor Beeinträchtigungen zu bewahren und durch geeignete Maßnahmen zu fördern, zum anderen negativ das Verbot, die Ehe zu schädigen oder sonst zu beeinträchtigen.¹¹ Art. 6 Abs. 1 GG setzt insoweit die Grenze für die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers.¹²

- 5 Eine bereichsspezifische Ausgestaltung erhält Art. 6 Abs. 1 GG durch das sog. **Elternrecht** des Art. 6 Abs. 2 und 3 GG, die als speziellere Bestimmungen die Eltern-Kind-Beziehung betreffen. Sie garantieren den Vorrang der Eltern, ihre Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit bei der Pflege und Erziehung der Kinder. Grundrechtsträger sind insoweit die Eltern jeweils einzeln, nicht jedoch das Kind. IVm Art. 2 Abs. 1 GG begründet Art. 6 Abs. 2 GG aber ein auf die tatsächliche Pflichtenwahrnehmung durch Eltern gerichtetes subjektives Gewährleistungsrecht des Kindes gegenüber dem Staat. Ihm verbleibt eine Kontroll- und Sicherungsverantwortung dafür, dass sich ein Kind in der Obhut seiner Eltern tatsächlich iSd Art. 2 Abs. 1 GG zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit entwickeln kann, Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG bestellt insoweit die staatliche Gemeinschaft zum Wächter.¹³ Elternschaft iSd Art. 6 Abs. 2 GG ist zunächst die rechtliche iSd §§ 1591 ff. Soziale Elternschaft allein begründet grundsätzlich keine Elternposition iSd Art. 6 Abs. 2 GG.¹⁴ Der leibliche, jedoch nicht rechtliche Vater steht, ohne Träger des Elternrechts zu sein, insofern unter dem Schutz von Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG, als ihm die verfahrensrechtliche Möglichkeit zu eröffnen ist, die rechtliche Stellung als Vater zu erlangen, wenn dem der Schutz einer familiären Beziehung zwischen dem Kind und seinen rechtlichen Eltern nicht entgegensteht.¹⁵
- 6 Weitere verfassungsrechtliche Bedeutung besitzen der Schutz- und Fürsorgeanspruch der Mutter (Art. 6 Abs. 4 GG) sowie die Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen (Art. 6 Abs. 5 GG).

III. Materielles Recht

- 7 Das materielle Familienrecht ist in seinen wesentlichen Teilen im 4. Buch des BGB (§§ 1297–1921) geregelt. Dessen drei Abschnitte machen deutlich, welche familienrechtlichen Verhältnisse das deutsche Recht kennt: Bürgerliche Ehe, Verwandtschaft sowie Vormundschaft, rechtliche Betreuung und Pflegschaft. Weitere familienrechtliche Bestimmungen finden sich ua im LPartG, dem VersAusglG, dem PStG sowie dem SGB VIII. Nicht eigenständig im Gesetz verankert ist die eheähnliche (Lebens-)Gemeinschaft, bei der Erwachsene bewusst die rechtliche Fundierung der Ehe bzw. Lebenspartnerschaft ablehnen. Allerdings sind eheähnliche Gemeinschaften ua relevant hin-

⁹ BVerfGE 80, 81 (92); BVerfG(K), NVwZ 2010, 1022 (1025).

¹⁰ BVerfGE 6, 386 (388).

¹¹ St. Rspr. seit BVerfGE 6, 55 (76).

¹² BVerfGE 105, 313 (345).

¹³ BVerfGE 24, 119 (135 ff.).

¹⁴ BVerfG, NZFam 2019, 473 (478).

¹⁵ BVerfGE 108, 82 (104 f.).

sichtlich der Voraussetzungen zum Erhalt bestimmter Sozialleistungen sowie deren Höhe.

IV. Verfahrensrecht

Das das Familienrecht betreffende Verfahrensrecht ist im FamFG (§§ 111–270, 271–341 FamFG) geregelt. Während dessen Allgemeiner Teil (§§ 1–110 FamFG, Buch 1) die für das FamFG-Verfahren allgemeingültigen Regelungen enthält, trifft Buch 2 (§§ 111–270 FamFG) die maßgeblichen Verfahrensregeln für die sog. Familien- und Familienstreitsachen. Buch 3 (§§ 271–341 FamFG) betrifft die ebenfalls dem materiellen Familienrecht zugehörigen Betreuungs- und Unterbringungssachen. Ergänzend zu den spezialgesetzlichen Regelungen des FamFG sind die Regelungen der ZPO heranzuziehen, sofern deren Anwendung nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist (vgl. etwa § 113 Abs. 3 und 4 FamFG).

8

Erstinstanzlich zuständig sind die bei den Amtsgerichten als besondere Abteilung eingerichteten Familien- (§ 23 b Abs. 1 GVG) bzw. Betreuungsgerichte (§ 23 c GVG). Rechtsmittelinstanz gegen Entscheidungen des Familiengerichts ist gem. § 119 Abs. 1 Nr. 1 a) GVG das Oberlandesgericht, bei dem Familiensenate gebildet werden. Rechtsmittelinstanz gegen Entscheidungen der Betreuungsgerichte ist gem. § 72 Abs. 1 S. 2 GVG das Landgericht. Für Rechtsbeschwerden ist letztinstanzlich gem. § 133 GVG, § 70 FamFG der BGH (dort der XII. Zivilsenat) zuständig.

V. Familienrecht im internationalen Kontext

Neben den nationalen Statuten gewinnt im Bereich des Familienrechts zunehmend auch supranationales und internationales Recht an Bedeutung. Vor allem gilt dies für Art. 8 und Art. 12 EMRK.

9

In Fällen mit Berührungspunkten zum Ausland sind die Regelungen des Internationalen Privatrechts (ua Art. 13–24 EGBGB, Rom III-VO, Unterhalts-VO, Haager Unterhaltsprotokoll) für die Frage der jeweiligen Anwendbarkeit des nationalen Rechts maßgeblich.